

DER WISSENSCHAFTSRAT BERÄT DIE BUNDESREGIERUNG  
UND DIE REGIERUNGEN DER LÄNDER IN FRAGEN  
DER INHALTLICHEN UND STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER  
HOCHSCHULEN, DER WISSENSCHAFT UND DER FORSCHUNG.

PRESSEMITTEILUNG 26 | 2011

Berlin 14.11.2010

## Ergebnisse der Herbstsitzungen des Wissenschaftsrates (Halle, 9. – 11.11.2011)

In einem **Positionspapier** hat der Wissenschaftsrat Stellung zu den **Qualitätsdebatten um die deutsche Promotion** genommen und Vorschläge unterbreitet, wie hohe Standards künftig noch besser gewährleistet werden. Ungeachtet der legitimen Unterschiede in der Nachwuchsqualifizierung einzelner Disziplinen müsse die Doktorandenausbildung künftig stärker in kollegialer Verantwortung wahrgenommen werden. „Die Qualität der Promotion müssen neben den einzelnen Betreuerinnen und Betreuern auch die Universitäten als Träger des Promotionsrechts mitverantworten“, erläutert Professor Wolfgang Marquardt, der Vorsitzende des Wissenschaftsrats. „Modelle kollegialer Betreuung, in denen die Verantwortlichkeiten klar geregelt sind, entlasten Betreuende und stärken die Rolle der Fakultäten.“

Mit dem vorgelegten Positionspapier führt der Wissenschaftsrat ein neues Format ein, das ihm – unabhängig von seinem jährlich festgelegten Arbeitsprogramm – die Möglichkeit bietet, zeitnah und fokussiert auf wissenschaftspolitische Entwicklungen zu reagieren.

Die Bewertung von Forschungsleistungen muss dem Ziel dienen, gute Forschung zu ermöglichen und zu stärken. Dazu sind die in den letzten Jahren eingeführten Verfahren weiter anzupassen, so dass sie die Ansprüche von Politik und Gesellschaft nach Rechenschaftslegung aufgreifen, die notwendigen Freiräume für gute Forschung wahren und zugleich Aufwand und Ertrag in ein angemessenes Verhältnis bringen. Eine Rückkehr zum status quo ante – in dem Leistungen kaum transparent waren und historisch gewachsene Mittelverteilungen fortgeschrieben wurden – hält der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zur **Bewertung und Steuerung von Forschungsleistung** weder

für zielführend noch für wünschenswert. Um ungewollte Fehlentwicklungen zu vermeiden, sollte die Steuerung von Forschung aber auf ein breit gefächertes Repertoire an Instrumenten setzen. Monetäre Anreize, die wenige Kennzahlen zugrunde legen, sollten nicht das vorrangige Steuerungsmittel sein.

Beraten wurden vier Verfahren der **Institutionellen Akkreditierung**, darunter zwei Reakkreditierungen. In allen Fällen gelangte der Wissenschaftsrat zu einer positiven Akkreditierungsentscheidung. Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Dem Land Berlin empfiehlt der Wissenschaftsrat die befristete Vergabe des Promotionsrechts an die 2003 gegründete **Hertie School of Governance**. Er knüpft diese Empfehlung allerdings an die Voraussetzung, dass weitere Professuren im Umfang von 4,5 vollzeitäquivalenten Stellen besetzt werden. Mit ihren international wettbewerbsfähigen Forschungsleistungen erfüllt die Hertie School eine wesentliche Voraussetzung für ein eigenes Promotionsrecht. Der Wissenschaftsrat hält eine Reakkreditierung, in der auch die Voraussetzungen für die Vergabe des Promotionsrechts erneut geprüft werden, mit Ablauf der fünfjährigen Akkreditierungsfrist für notwendig.

Die **Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation, München**, bietet praxisorientierte und international ausgerichtete Studiengänge an. Sie hat eine intensive und konstruktive Kommunikationskultur entwickelt, um ihre deutschlandweiten Standorte miteinander zu vernetzen. Der Wissenschaftsrat spricht eine Akkreditierung für fünf Jahre mit Auflagen aus.

Die 2007 gegründete **bbw Hochschule** mit Standorten in Berlin, Frankfurt (Oder), Hamburg und Prenzlau bietet Bachelor-Studiengänge in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsingenieurwissenschaften und Maschinenbau an. Angesichts der überzeugenden Aufbauleistung in Berlin/Brandenburg gelangt der Wissenschaftsrat zu einem positiven Akkreditierungsvotum, verbunden unter anderem mit der Auflage, dass der Standort Hamburg entweder geschlossen oder grundlegend neu organisiert wird. Der Wissenschaftsrat hält eine Reakkreditierung nach drei Jahren für erforderlich.

Die Hochschule der **Bundesagentur für Arbeit (HdBA), Mannheim und Schwerin**, hat die wichtige Aufgabe, gut qualifizierte Arbeitsberaterinnen und -berater auszubilden. Die Fachhochschule hat ihren im Jahr 2006 begonnenen Aufbauprozess fortgeführt und viele Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus dessen Stellungnahme zur Akkreditierung (2007) erfolgreich umgesetzt. Der Wissenschaftsrat hält eine weitere Reakkreditierung nach fünf Jahren für notwendig.

Weitgehend positiv bewertet der Wissenschaftsrat die Entwicklung von insgesamt **zehn Forschungsinstituten** wenige Jahre nach ihrer Evaluierung. „Den größten Sprung nach vorn haben zweifellos die drei Institute der ehemaligen Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaft e. V. (FGAN) gemacht, die auf Empfehlung des Wissenschaftsrates im Jahr 2009 in die Fraunhofer-Gesellschaft überführt wurden“, kommentiert der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Wolfgang Marquardt. Das Deutsche Archäologische Institut (DAI), Berlin, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, sowie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hannover, konnten ihre bereits zum Zeitpunkt der Evaluation überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit im Forschungs- und Entwicklungsbereich weiter verbessern. Auch die anderen Einrichtungen zeigen teilweise deutliche Verbesserungen insbesondere im Forschungsbereich. „An einigen Stellen besteht allerdings auch weiterhin Verbesserungsbedarf“, fasst Marquardt zusammen.

Darüber hinaus hat der Wissenschaftsrat auf seinen Sitzungen beraten, wie er europäische und internationale Entwicklungen systematischer verfolgen und in seine Beratungspraxis integrieren kann.

**Hinweis:** Die genannten Empfehlungen und Stellungnahmen werden im Netz unter (<http://www.wissenschaftsrat.de/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen-ab-1980/>) als Volltext veröffentlicht, sie können aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail ([post@wissenschaftsrat.de](mailto:post@wissenschaftsrat.de)) angefordert werden.